

Unfälle für **Ramen** und **Umgebung** verbunden mit der **Märkischen Zeitung**.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

54. Jahrgang.

(Auf Grund letzter drahtlicher Informationen unserer Berliner Vertretung.)

Morgenthau's Strafe.

Kamen aus Stadt u. Land

Kamen, den 28. Juli 1926.

Gültige Polizeiverordnung des Oberpräsidenten.

Von Nachbarn war der Schankwirt M. zur Anzeige gebracht worden, weil er wiederholt die auf 12 Uhr festgesetzte Polizeistunde überschritten habe. Gegen einen Strafbefehl beantragte M. gerichtliche Entscheidung und bestritt, die Polizeistunde überschritten zu haben; einmal sei in seinem Lokal Geburtstag gefeiert worden, an der Feier hätten nur Verwandte und Bekannte teilgenommen, auch seien Getränke unentgeltlich verabfolgt worden. Das Amtsgericht Dortmund erachtete aber durch die Angaben der Nachbarn für erwiesen, daß M. dreimal die Polizeistunde überschritten habe, und verurteilte ihn auf Grund des Strafgesetzes vom 24. Februar 1923 und der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 23. Februar 1924 zu einer Geldstrafe von 60 M., da er dreimal über 12 Uhr Personen in seinem Lokal geduldet und bewirtet habe. Diese Entscheidung führt M. durch Revision beim Kammergericht an und behauptete, die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten vom 23. Februar 1924 sei ungültig. Auch habe er nicht Schankgäste, sondern Geburtstagsgäste über die festgesetzte Polizeistunde bewirtet. Das Kammergericht wies aber die Revision des Angeklagten als unbegründet zurück u. führte aus, die Vorentscheidung sei ohne Rechtsirrtum ergangen; es sei festgestellt, daß es sich um Schankgäste gehandelt habe, welche über die Polizeistunde hinaus in dem Lokal des Angeklagten verweilt haben. Angriffe gegen die tatsächliche Feststellung seien in der Revisionsinstanz unbeachtlich. Der Angeklagte habe auch dann in Ausübung der Schankwirtschaft gehandelt, wenn er an Gäste unentgeltlich Getränke verabfolgt habe, um die Gäste an sein Lokal zu fesseln. Gegen die Gültigkeit der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 23. Februar 1924 bestehen rechtliche Bedenken nicht. (4. S. 14. B.)

Sprüche der Ernte.

Der Gärten Herz ist schwer von Müß und Sorgen; wie ruhig schlafen sie am Entemorgen! (Aus dem Persischen.) — Wer in der Ernte schläft wird aufstehen. (Sprüche Salomons.) — Nur wer gesät, wird eine Ernte haben. (Aus dem Persischen.) — Aber nicht alle, die säen, werden ernten können. (Sprichwort.) — Es ist der Mensch; doch ob den Säen wacht, still eine dunkle, rätselvolle Nacht. (Anastafius Grün.) — Ernten ist beschwerlicher als das Säen. (Nach Goethe.) — Lobe die Ernte nicht, bevor du sie nicht in die Scheune gebracht hast. — Auch nach einer schlechten Ernte muß wieder gesät werden. — Die Ernte hängt mehr ab vom Jahr als vom Acker und des Pfluges Schar. — Wenn die Ernte eingefahren ist, lesen die Bettler auf den Stoppeln. — Wer in der Ernte nicht hilft schneiden, muß im Winter Hunger leiden. — Und wer zur Ernte schläft, wird im Winter aufwachen. — Wird die Ernte mit faulen Schnitteln, wird wir versehen mit Kürbittern. (Aus dem späten Mittelalter.) — Doch goldnes Korn und Erntesegen, reist nur herab bei Sonnenlicht. (Bontane.) — Solange die Erde rehet, soll nicht aufhören Same und Ernte! (I. Mos., Kap. 8.)

(Voricht beim Genuß von Beerenfrüchten.) Wenn man an schönen Sommertagen an waldben Abhängen vorüberstreift, läßt aus dem dunklen, grünen Gebüsch einem rote, blaue und schwarze Beeren leuchtend entgegen. Wie erfrischend diese süße Frucht für einen durstigen Wanderer ist, wird schon jeder empfunden haben, der nach langem Sonnenmarsch an einem Busch, der mit Himbeeren, Johannisbeeren, Brombeeren oder Stachelbeeren behangen war, lagern und naschen durfte. Und wie süß mundet beim Lagern im dunklen Wald die Waldbeere. All diese Beeren sind von köstlicher Frische und bei mäßigem Genuß der Gesundheit nur zuträglich. Aber es gibt auch Arten von Beeren, deren Genuß die übelsten Folgen haben und in vielen Fällen den Tod herbeiführen. Gerade die am schönsten leuchtenden sind hier die giftigen. Da ist vor allen Dingen die Tollkirsche, dann die Beeren der Nachtschatten, die giftige Stoffe in sich bergen und deren Genuß Uebelkeit, Magenbeschwerden und Kopfschmerz, oft mit Todesfolgen hervorruft. Es kann nicht dringend genug darauf hingewiesen werden, nur bekannte Beerenarten zu pflücken und zu essen. Schon mancher hat den Versuch, eine unbekannte Beerenfrucht nur einmal zu probieren, teuer bezahlen müssen.

Der Stand der Erwerbslosen am 24. Juli im Bereich des Kreisarbeitsnachweises Kamen-Land zu Kamen ist folgender: Hauptunterstützungsempfänger 3586 (3335 am 17. Juli, 3652 am 10. Juli, 3803 am 3. Juli, 3946 am 26. Juni). Darunter entfallen auf die Stadt Kamen 212 (211 — die Zahlen in Klammern sind die vom 17. Juli), Stadt Anna 961 (948), Stadt Berne 349 (323), Amt Belkum 749 (772), Amt Anna-Kamen 831 (868), Amt Bröndenberg 484 (413). Außerdem werden als Notstandsarbeiter beschäftigt 318 Leute gegenüber 393 am 17. Juli, nämlich in der Stadt Kamen 118 (157), in der Stadt Anna 37 (41), Stadt Berne 49 (49), Amt Belkum 30 (—), Amt Anna-Kamen 84 (86), Amt Bröndenberg (30). Zuschlagsberechtigt sind 5413 Angehörige (5228), darunter 1904 (1852) Frauen und 3509 (3376) Kinder.

Niederaden, 28. Juli. (Vor dem Amtsgericht Kamen.) Das Dienstmädchen Th. aus Niederaden, früher in Kamen wohnhaft, meldete sich im Jahre 1925 als bei der Ehefrau Karl Hoppe von Kamen beschäftigt bei der hiesigen Ortskrankenkasse an, um sich für ihre bevorstehende Niederkunft die Geburtsbeihilfe seitens der Krankenkasse zu sichern. Die Anmeldung nahm sie ohne Wissen der Ehefrau Hoppe vor und

füllte die Anmeldebare selbst aus. Das Gericht verurteilte sie wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges zu einer Gefängnisstrafe von 1 Woche und in die Kosten des Verfahrens. Oberaden, 28. Juli. (Tagübertragung.) Am Samstag wurde die Jagd der Gemeinde verpachtet. Versteigende blieben die Landwirte Fritz Schürmann und Fritz Cornelius von Oberaden bei einer Gesamtpacht von 1980 M. Der Zuschlag wurde ihnen erteilt.

Gemeindevertreterversammlung in Methler.

Methler, 27. Juli. Die für den Montag, 26. Juli, abends 6 Uhr, in den Saal des Wirts Gertrud einberufene Gemeindevertreter-Versammlung eröffnete Amtmann Lehmann vom Amt Anna-Kamen, der bei einer Anwesenheit von 9 Gemeindevertretern die Beschlußfähigkeit feststellte. Amtsbauernmeister Schäfer erläuterte hierauf die Pläne für den Bau eines Zweifamilienwohnhauses mit Feuerwehrrückzugraum.

Dasselbe soll am Sportplatz hinter Rathenbuchs Hof auf der sogenannten „bunten Aue“ erbaut werden. Es wird im Erdgeschoß und 1. Stockwerk je eine Vierzimmerwohnung erhalten; jeder Wohnung wird noch eine Mansarde zugeteilt. Ausreichende Stalkräume, eine Waschküche und drei Keller sind geplant. Das Haus wird von der Straße etwa 5 Meter abgerückt, um einen Vorgarten anlegen zu können. Den Wohnungsinhabern stehen etwa 30 Ruten Gartenland hinter den Wohnungen zur Verfügung. Weiter frei werdende 2 mal 30 Ruten Gartenland sollen verpachtet werden. Die Entwässerung des Baues ist nach hinten gedacht. Eine kleine Kläranlage wird zur Klärung des Abwasserabflusses angelegt. Im hinteren Teil des Hauses, zum Sportplatz gewandt, werden Toilettenanlagen zur Benutzung durch die Sportplatzbesucher eingerichtet. Dort ist auch eine Urrezele geplant, um einem lange bestehenden Bedürfnis abzuhelfen. Des weiteren schließt sich dem Haus ein Geräteschuppen mit darüberliegendem Boden für die Unterbringung des Feuerwehrrückzugraumes an. Dieser Raum wird bei einem Maß von 4,25 mal 6 Meter allen Ansprüchen genügen. Auf den Geräterücken soll ein Schlauchstreckenturm gesetzt werden. Damit soll sich die Frage aufstellen: Soll der Steigerturm verfestet werden?

Nach allgemeiner Auffassung bildet er an seinem jetzigen Platz ein Verkehrshindernis. Die Aufstellung wäre in der Nähe des Hauses auf dem Sportplatz gedacht. Amtsbauernmeister Schäfer hält eine baldige Reparatur für unbedingt erforderlich. Der Turm ist nun bereits etwa 30 Jahre alt. Der Amtsbauernmeister empfiehlt für eine Neuanlage einen im unteren Teil geschlossenen Turm, an dem nicht jeder hinaufklettern könne, wie bei dem jetzigen. Würde der Verfestung des Turmes nachgegangen werden, so würde natürlich der Schlauchstreckenturm in diesem, nicht auf dem Geräterücken angebracht werden. Ein Abbruch und Wiederaufbau des Turmes wird vom Amtsbauernmeister nicht für möglich gehalten, da seine Verbindungsstöße stark verrotten sind. Der Ersatz der angestrichenen Stöße steht jedoch in keinem Verhältnis zu einer Neuanfertigung. Eine Verfestigung im Ganzen wäre vielleicht möglich, doch muß auch dann fast der ganze untere Teil neu hergestellt werden. Darüber und über die Frage, ob der Turm an das neue Haus angelehnt werden soll, sollen mit der Feuerwehr, die ja für nächsten Sonntag eine Versammlung einberufen hat, Besprechungen gepflogen und das Ergebnis bei der Berathungsversammlung berichtet werden. Den Plänen für den Wohnhausbau stimmt man einstimmig zu. Der Bau wurde bereits in einer früheren Sitzung beschlossen.

Aufnahme einer Anleihe von 22 000 Mark.

Der Bau des Zweifamilienwohnhauses stellt sich auf rund 30 000 Mark. 8 000 Mark werden aus der Hauszinssteuer entnommen (je Wohnung 4 000 Mark), der Rest von 22 000 Mark soll bei 8 Prozent Verzinsung und 2 Prozent Tilgung bei der Amtspartasse als Anleihe aufgenommen werden. Es wird also dadurch nicht das Haus mit einer Hypothek belastet. Amtmann Lehmann glaubt, daß die Amtspartasse, die an sich sehr niedrige Zinssätze aufweist, in absehbarer Zeit mit den Zinsen noch weiter heruntergehen kann. — Bei der Vergabung der Bauarbeiten soll darauf gedrungen werden, daß möglichst viele Erwerbslose Beschäftigung beim Ausschachten u. dgl. finden können. Eine Liebernahme der Ausschachtungsarbeiten in eigene Regie wird wohl wenig Vorteile bringen, da hierzu Schubkarren, Schaufeln, Wägen u. dgl. erst beschafft werden müßten. Die Aufnahme der Anleihe wird einstimmig genehmigt.

Der erste Schritt zur Straßenbeleuchtung:

11 Nachtlampen.

In einer der letzten Sitzungen wurde die Errichtung von 8 Beleuchtungskörpern auf den Gemeindefriedhöfen beschlossen. Nunmehr wurde bei einer Gemeindebesprechung durch eine Kommission festgestellt, daß 11 Lampen erforderlich sind. Es darf vorausgesetzt werden, daß es sich dabei natürlich nicht um eine Straßenbeleuchtung im eigentlichen Sinne, sondern nur um sogenannte Nachtlampen handeln kann, die aber den Zweck, die im Dunkel liegende Gemeinde etwas zu erhellen, wohl erfüllen. Es sollen 50-Wattlampen teils an Masten, an den Häusern oder durch Verschattung zwischen zwei Masten angebracht werden: am Eingang zum Dorf von der Hiltingsmühle aus bei Eisermann, beim Privatort Bunte, bei Ludwig Bunte, Ludwig Knöpper, Bader Brune, Schmidt Rüsse, Leihhaus (Kirchplatz), auf dem Weg zum Friedhof, bei Landwirt Schülze-Wels, bei Inhaberin Otto Rüsse und beim Klemmer Deberichs. Die Errichtung erfolgt durch die Vereinigten

Elektrizitäts-Werke in Dortmund. Die Gemeinde hat einen Baukostenzuschuß von 600 Mark zu bezahlen, der für 8 und 11 Lampen gleich ist. Die Ausschaltung erfolgt automatisch durch eine Schaltung, die nach einem von der Gemeinde aufzustellenden Beleuchtungsplan zweimal monatlich gesteuert wird. Das Auswechseln der Birnen und die Instandhaltung der Anlage erfolgt durch die B. E. W., lediglich unwillkürliche Beschädigungen sind durch die Gemeinde abzufüllen. Die Strom- und Unterhaltungskosten belaufen sich bei 1200 Brennstunden im Jahre auf etwa 700 Mark. Der hierüber mit den B. E. W. abzuschließende bis 1. September 1926 und von da ab bei nicht 5 Jahre vorher erfolgender Kündigung je 30 Jahre fortlaufende Vertrag wird genehmigt, doch soll noch eine Klausel aufgenommen werden, um bei einer Senkung der Strompreise eine Herabsetzung der Pauschale zu erreichen. Amtsbauernmeister Schäfer gibt hierauf ein Schreiben der B. E. W. bekannt, wonach mit der Errichtung der Lampen nach Abschluß des Vertrages sofort begonnen werden kann.

Nachkommende Sagen.

Die Einwohner der Sieblung an der Wasser- und Kreisstraße in Kaiserau haben an das Landratsamt die Bitte gerichtet, etwas gegen die Staubentwicklung der Straße zu tun. Die Wegpolizeibehörde hält die Staubentwicklung auf dieser Straße nicht für so schlimm wie auf anderen Kreisstraßen. Ohne eine Beteiligung der Gemeinden kann eine Teuerung der Straßen, die für jeden Kilometer 4500 Mark kostet, nicht in Angriff genommen werden. Die Gemeindevertreter lehnen eine Beteiligung an diesen Kosten ab. — Ein Schreiben der B. E. W., wonach sie zur Verbesserung der Stromzufuhr zwischen Methler und Kaiserau einzelne Stromseile teils unterirdisch teils durch Freileitungen miteinander verbinden wollen, wird zur Kenntnis genommen. — Ein Antrag des Arbeiter-Turn-Vereins Methler auf Niederlegung der Luftkardescheur für einen Werbetag, an den sich ein Ball anschloß, wird abgelehnt, da sich die Bestimmungen gegenseitig ausschließen. Es soll dem Vereinsvorsitzenden jedoch bedeutet werden, daß die Gemeindevertretung einem etwaigen Antrag auf Beihilfe für Beschaffung von Turngeräten nicht ablehnend gegenübersteht. — Die Gemeindevertreterversammlung fand nach der Verlesung des Protokolls ihr Ende. Bemerkenswert ist, daß sämtliche Beschlüsse einstimmig erfolgten und die ganzen Verhandlungen seltene Uebereinstimmung der Vertreter befanden. Es ist wohl unnötig, darauf hinzuweisen, daß die Errichtung von Nachtlampen für Methler von großer Bedeutung besonders auch für die heimkehrenden Nachschicht-Bergleute ist. Wie der Gemeindevorsitzer ausdrücklich betonte, wird natürlich die Heimkehr dieser Bergleute, evtl. im Winter der Dienstreise der Grubenarbeiter im Beleuchtungsplan ausreichend berücksichtigt.

Dortmunder Rundschau

(Ein Millionen-Objekt.) Die Stadt Dortmund hat schon längst ihr Auge auf das Gut des Freiherrn von Romberg in Bröndenhausen geworfen. Der Ankauf scheiterte bisher an der hohen Forderung des Besitzers. Wie i. Zt. verläutete, verlangte Herr. von Romberg für das 3500 Morgen große Gut 10 Millionen Mark. Jetzt soll die Forderung auf 7 Millionen Mark erniedrigt worden sein. Aber auch diese Summe wird noch immer viel zu hoch sein.

Aus dem Dortmunder Stadtparlament.

In der Montags-Sitzung der Stadtverordneten wurden zunächst schnell einige Vorlagen des Magistrats erledigt. Es wurden 100 000 Mark für 2 Turnhallen, 235 000 Mark für Erweiterung der Orthopädischen Klinik der städtischen Krankenhäuser und 19 000 Mark zum Ausbau einer Zentralheizungsanlage im Bürohau an der Kleppingstraße bewilligt. Dann begründete der kreisbesitzende Stadtverordnete Ante seinen Antrag, den „Kaiser-Wilhelm-Hain“ in „Volks-Hain“ umzutauften und in demselben ein „Wie wieder Krieg“-Sinnzeichen zu errichten. Ante erklärte, daß die Veränderung der Staatsform es mit sich bringen müsse, alles zu befeitigen, was bei den Republikanern Anstoß erzeuge. Dann zog Ante gegen die Dynastie der Hohenzollern in einer Weise los, die bei den bürgerlichen Parteien größte Entrüstung hervorrief. — Oberbürgermeister Dr. Eichhoff fand es unter seiner Würde, auf diese Schmähungen einzugehen. Er wies aber darauf hin, daß die städtischen Behörden im Jahre 1899 den „Kaiser-Wilhelm-Hain“ als willkommene Gedenkstätte angenommen hätten und die Verpflichtung eingegangen wären, den Park so wie von den Eltern geformt, benannt hätten. Eine Veränderung des ins Grundbuch eingetragenen Namens sei gänzlich ausgeschlossen. — Der Kommunist W. Annenberger verlangte für den Hain ein Sinnbild mit der Aufschrift „Krieg dem imperialistischen Kriege“. Dann warf er den Sozialdemokraten vor, daran schuld zu sein, daß die Monarchisten noch so herausfordernd auftreten könnten. Die Arbeiterpartei werde niemals ohne Bürgerkrieg zur Macht kommen. Während der bluttriefenden Reden hatten Volkspartei, Zentrum und Demokraten den Sitzungssaal verlassen, so daß sich bei der Abstimmung über den Antrag Ante Beschlußunfähigkeit ergab und der Stadtverordneten-Vorstand gezwungen war, die Sitzung zu schließen.

(Kinderkrankenhaus-Neubau.) Die Stadtverwaltung beabsichtigt, auf dem Grundstück des Botanischen Gartens an der Ecke Beurenhaus-Wilhelmstraße ein Kinderkrankenhaus mit 150 Betten zu errichten. (Wertvolle Neuerwerbung der Dortmunder Stadtbücherei.) Der Direktor der Dort-

munder Stadtbücherei kaufte in Hamm von dem Erben des langjährigen Verwalters des Hammer Museums, Georg Wilhelm Vogel, eine Sammlung von rund 4000 Bänden, die ungefähr alles umfassen, was über Westfalen geschrieben worden ist. Neben den Büchern befinden sich in der Vogelschen Sammlung hervorragende und seltene Kartenwerke, eine vollständige Wappenbildersammlung, viele alte Kalender und alte westfälische Zeitungen in einziger Vollständigkeit. Die Stadt Hamm hatte kein Geld zur Erwerbung dieser für die Heimatgeschichte überaus wertvollen Sammlung.

(Ein Schaufensterdieb.) Hier wurden die Schaufensterhaken mehrerer Geschäfte in der Hansstraße, I. Kampstraße und Westenhellweg von einem jungen Mann, der mit einem grauen Sportanzug und grünen Jägerhut bekleidet gewesen sein soll, mit einem scharfen Gegenstand eingeritzt. In Begleitung des Täters befanden sich noch 2 jüngere Männer. Die Inhaber von Geschäften werden auf das Treiben dieser Personen hierdurch aufmerksam gemacht. (Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht zum 20. Juli wurden im Ortsteil Suckarde mittels Einbruchs aus einer Trinkhalle Zigaretten, Zigarren und Schokolade in großer Menge gestohlen.

Die geplante Justizreform.

Dr. Bell hat als Reichsjustizminister seinem Pressevertreter über die geplante Justizreform der Reichsregierung Erklärungen abgegeben, die sich einteilend mit der Rechtsprechung in politischen Prozessen befassen. Er hat sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß Staat und Richter in gleicher Weise geschützt werden müßten, damit eine objektive Rechtsprechung überhaupt möglich sei. Die Strafrechtsreform hoffe er im Oktober den zuständigen Reichsratsausschüssen zur Beratung übergeben zu können. Dabei soll auch die Frage der Verbesserung des Ehrenschutzes behandelt werden. Bei der Neuordnung der Untersuchungsbehörden ist an die Einführung einer männlichen Verhandlung über die Aufhebung oder Aufrechterhaltung des Haftbefehls gedacht. Ein neues Strafvollzugsgefängnis mit einem sogenannten Stufenstrafvollzug ist in Aussicht genommen. Es liegt ein Entwurf bereits fertig vor und wird nach dem Sommerferien die Länder beschäftigen. Dr. Bell ging dann u. a. noch auf den Gesichtspunkt über die Rechtsstellung der unehelichen Kinder auf das Auslieferungsgesetz, die Revision des Gesetzes des gewerblichen Rechtsschutzes und die Durchführung der Pfandbriefaufwertung ein, über die in kurzer Zeit eine Verordnung erlassen werden soll.

Dr. Bell über die Rheinlandfragen.

Der Reichsminister Dr. Bell führte in einer Unterredung mit Vertretern der Presse über die Rheinlandbesetzung u. a. folgendes aus: Ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß ich wie jeder Politiker der Verhängung die baldige gänzliche Beilegung der Verletzung als logische Forderung der neuen Politik betrachte. Die Volksratkonferenz hat uns im November 1925 eine weitestgehende Herabsetzung der Besatzungsmannstärke auf annähernd die „normalen Ziffern“ in aller Form zugesagt. Der Begriff „normale Ziffern“ kann nur den Sinn haben, daß damit die deutsche Friedensgarantienstärke gemeint ist, d. h. allerhöchstens 50 000 Mann. Obwohl diese Aufstellungen der französischen Regierung bekannt und auch von ihr wiederholt bestätigt worden waren, stehen heute 85 000 Mann Besatzungstruppen in den Gebieten. Die Reichsregierung wird seit Locarno unternommen Bemühungen, die Einführung dieser Ziffern zu erreichen, auch weiterhin unablässig fortsetzen. Eine Herabsetzung der Besatzungstruppen auf das zugesagte Maß hatte auch eine Milderung der schweren Mißstände zur Folge gehabt. Zu diesen gehören nicht nur die großen Einquartierungsstellen und die Beschlagnahme von Schulen und öffentlichen Gebäuden, sondern vor allem auch die Schädigung der Landwirtschaft durch zahlreiche Truppenübungsplätze, Flugplätze und durch ausgedehnte Manöver. In diesem Zusammenhang muß weiter festgestellt werden, daß die Besatzungsbarriere weit über das notwendige Maß hinaus ausgedehnt ist. Auch in Orten, die von Truppen frei sind, befinden sich starke Gendarmerieposten, obwohl doch dort die Sicherheit der Besatzungstruppen gewiß nicht auf dem Spiele steht. Weiterhin wird die Reichsregierung die Beilegung der immer noch in den besetzten Gebieten vorhandenen 2000 Mann farbiger Truppen fordern, ebenso eine gründliche Umgestaltung der Militärjustiz und des Ordnungsapparates der Rheinlandkommission.

Kleine Nachrichten.

Die Pariser Sowjetbotschaft dementiert alle Gerüchte über eine Vergiftung des Kommissars Dscherschinski. Die Agentur Tzudo Pacific meldet aus Tokio, wie von unterrichteter Seite verlautet, soll aber die mongolische und man die schürigen Eisenbahnen ein Atomman zwischen Rußland und Japan zustande gekommen sein.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Haslender unternahm eine Orientierungsfahrt an die Ostsee, um sich über die wichtigsten Probleme der Nahrungsmittelwirtschaft an Ort und Stelle zu unterrichten. Bei den deutsch-tschechoslowakischen Handelsverhandlungen in Genäve ist die erste Lesung der Wunschliste beendet worden. Es tritt nunmehr bis Mitte September eine Verhandlungspause ein, die zu der weiteren internen Prüfung benutzt werden soll.

Eine Verordnung des polnischen Kriegsministers über die Einstellung des Sommerurlaubes der Heeresangehörigen hat in Moskau schwere Befürchtungen hervorgerufen. Die Möglichkeit eines militärischen Konflikts zwischen Polen und Litauen wird ernstlich erwogen.

Westfalen u. Rheinland

Aus dem Industriegebiet

Lünen, 27. Juli. (Ein Finanzamt in Lünen?) Nach Beendigung der Um- und Eingemeindungen soll die Stadt Lünen ein eigenes Finanzamt werden, dem der nördliche Teil des Steuerbezirks Dortmund unterstellt werden würde. Wo und wie das Finanzamt untergebracht werden soll, steht noch nicht fest. Doch wird die Unterbringung mit großen Schwierigkeiten verbunden sein.

Hamm, 27. Juli. (Kanalanbau.) In Kürze wird hier aus Anlaß des Baubeginns der Strecke Hamm-Lippstadt des Lippekanals ein Kanalbauamt errichtet werden. Die Reichsregierung hat zum Bau der Kanalstrecke 4 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Gagen, 27. Juli. (Milde Bestrafung.) Mit seiner Familie auf gepaartem Fuße lebte der Händler G. aus Vorhalle. Im Laufe der Zeit verfiel er sich dem Einvernehmen immer mehr, jedoch sich G. von seiner Familie trennte. G. hat viele Jahre in einer Irrenheilanstalt zugebracht und ist auch heute noch in hohem Grade unzurechnungsfähig. Im September v. J. kam er eines Abends angetrunken nach Hause. Über einen Wortwechsel mit seinem Sohn geriet er derartig in Wut, daß er ein schweres Holzbeil ergriff und damit einen gänzlich unbeteiligten Frau einen heftigen Schlag in die Seite verfehlte. Einen Mann, der auf die Hilferufe der Frau hinzukam und dabei über einen Stein stolperte, schlug er mit solcher Wucht auf den Schädel, daß der Knochen ansplitterte. Es ist als ein Wunder zu bezeichnen, daß der Geschlagene mit dem Leben davon gekommen ist. Das hiesige Schöffengericht, vor dem sich G. zu verantworten hatte, ließ die Sache äußerst milde an. Es verurteilte ihn wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen zu einer Gesamtstrafe von 7 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft und teilweiser Strafsaufhebung.

Vergleichsrichtern und Durchschnittslöhne.

Bochum, 27. Juli. Nach einer Auffassung des Arbeitgeberverbandes ist aus den Tabellen über die Entwicklung der Durchschnittslöhne und der Arbeitslosen in preussischen Bergbau, die für das erste Quartal 1928 herausgegeben sind, keine günstige Wendung für die Bergarbeiter zu erkennen. Die Löhne haben sich fast auf der Höhe des vierten Quartals 1925 gehalten. In sechs Bezirken, in Niederschlesien, im Mansfelder und Siegener Erzbergbau und in allen drei Braunkohlenrevieren ist ein Niedergang des Gesamtdurchschnitts festzustellen, in den übrigen Bezirken haben sich geringe Steigerungen gezeigt, so daß im allgemeinen von einer Sanierung gesprochen werden kann.

Ein fast gleiches Bild bietet die Tabelle über die verfahrenen Arbeitslosen. Obwohl sich wieder ein ganz bedeutender Rückgang der Arbeitslosen zeigt, im Oberbergamtsbezirk allein über 30.000, wurden insgesamt über 1.702.780 Arbeitslosen verfahren. Wenn man die Zahl der angelegten Arbeiter und Mittel immer die der stillen Arbeitslosen zum Vergleich heranzieht, würde, und mit einer durchschnittlichen Schichtenzahl von 70 im Quartal rechnete, so würde sich ergeben, daß durch diese Arbeitslosenüberschreitung über 24.000 Arbeiter außer Lohn und Brot gebracht sind. Durch die verfahrenen Arbeitslosen wurden, auf den Bergarbeiter umgerechnet, erspart im Oberbergamtsbezirk Dortmund 11.628, im ganzen Reich insgesamt 22.649 Arbeiter, die auf den „Genuss“ der Erwerbslosenunterstützung angewiesen waren und die bei einer planmäßigen Wirtschaftsführung ohne Arbeitslosen in Produktionen sich hätten auswirken können. Fast eine halbe Million Mark haben die Ruhrbergbauunternehmer an Beiträgen für Altersrenten und Invalidenversicherung gespart durch 877.882 Arbeitslosen auf Kosten von 11.628 Erwerbslosen gewordenen Bergarbeitern.

Bochum, 27. Juli. (Amerikanischer Bergarbeiterführer nach Bochum.) Ende dieser Woche werden der Präsident des amerikanischen Bergarbeiterverbandes von West-Virginia, sowie der Präsident des Distriktes des Hartkohlensyndikats, aus Schanolin (Pennsylvania) dem Verband der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum einen Besuch abstatten, um im Revier die Verhältnisse im deutschen Bergbau zu studieren. Der Besuch der amerikanischen Bergarbeiterführer, die als Gäste an den Pariser Verhandlungen der Bergarbeiterregulierung teilgenommen haben, gilt als von weittragender Bedeutung für die Gestaltung der Beziehungen zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Bergarbeiterverband.

Bochum, 27. Juli. (Zubehörer der Bochumer Oberrealschule.) Die Bochumer Oberrealschule kann auf ein 75jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand ein von über 1000 Teilnehmern besuchter Begrüßungsabend im Stadtpark statt, dem am nächsten Tage in der Aula der Oberrealschule der eigentliche Festakt folgte. Der Direktor der Anstalt hielt die Festansprache. An dem Festakt, der von Vorträgen des Schulleiters umrahmt wurde, teilte sich die Einweihung eines Denkmals für die im Kriege gefallenen Schüler und Lehrer im Hauptflur der Anstalt an.

Gerthe, 27. Juli. (Austritt aus der Knappschaftsversicherung.) In einer Beschlusssammlung der heimischen Werke Vöhringen wurde über den Austritt aus dem Knappschaftsverein verhandelt. Die Abstimmung ergab 400 Stimmen für den Austritt aus der Knappschaftlichen Versicherung, 150 Beschlusssammlungsmitglieder stimmten für deren Beibehaltung.

Serne, 27. Juli. (Dachstuhlbrand.) In dem Möbelhaus Bismann, Ecke Bismarck-Str.-Lederstraße, brach in den Abendstunden ein Brand aus, der bei dem ausgedörrten Holze schnell auf sich griff. Die städtische Feuerwehr, die gleich zur Stelle war, griff das Feuer energisch an. Als dann noch die Wehren von Julla, Friedrich der Große und Necklinghausen-Eind eingriffen, wurde man des Feuers Herr. Das Dachgeschoss mit zwei Wohnungen und dem ganzen Mobiliar ist ausgebrannt.

(W) Westerholt, 27. Juli. (3 Bergarbeiter durch einen Streikendruck abgehauen.) Auf der Schachtanlage Westerholt ging Montagabend nach Beginn der Nachschicht eine Förderstrecke zu Bruch. Von den im Floß VII auf der zweiten Sohle beschäftigten Bergleuten wurden drei Mann durch das niedergehende Gestein abgehauen. Die sofort ausgenommenen Rettungsarbeiten ergaben, daß die Abgehauenen leben und unverletzt sind. Eine Verabredung mit ihnen war möglich. Es besteht Hoffnung, sie im Laufe des heutigen Tages zu befreien. Die Nachschicht mußte nach Bekanntwerden des Unglücks, das auf Bewegung im Gestein zurückzuführen sein dürfte, ausfahren.

Buer, 27. Juli. Ein großer Moorbrand, der leicht an Ausdehnung hätte zunehmen können, entstand bei Bafum um die Kolonie „Der Kinken“ und der Hoffenschen Aufschlucht. Nach etwa zweistündiger intensiver Tätigkeit konnte die herbeigeeilte Feuerwehr das Feuer auf seinen Herd beschränken.

Buer, 27. Juli. (Frauenleichen.) Eine aufregende Szene spielte sich in Buedel an der schienengleichen Kreuzung der Ellerstraße mit der Bahnhofstraße. Dort ab. Der Stellwerkswärter am Buedel hatte die Schranke für den Personenzug 6.20 Uhr ab Gladbeck-Düsseldorf geschlossen, als die Ellerstraße entlief eine junge Frau kam, die geschlossene Schranke hochhob und die Schienenstränge überquerte. In diesem Augenblick kam der Personenzug heran, der mit seinem Laufschiff die Frau noch beinahe umflog, so daß die entsetzten Zuschauer glaubten, ein schweres Unglück mitansehen zu müssen. Doch entging die Leichenfunde mit knapper Not dem Tode.

Dorsten, 27. Juli. (Zu Tode geprügelt.) Dieser Tage kam es hier zu einer schweren Schlägerei zwischen mehreren schulpflichtigen Jungen. Dabei wurde der Schüler Thierhoff auf den Boden geworfen und von den anderen mißhandelt. So schlug man mit Fäusten, Stöcken usw. auf ihn ein und trat dem am Boden liegenden mit Fußspitzen gegen den Leib. Der mißhandelte Junge konnte sich noch nach Hause begeben, legte sich aber bald darauf zu Bett und starb schon am nächsten Tage.

Innungsausschüsse und Fachverbände über Steuerfragen.

Essen, 27. Juli. In Gegenwart von Vertretern der Landesfinanzämter Düsseldorf und Münster fand in Essen über Steuerfragen des Handwerks und Gewerbes eine Konferenz statt, die vom Verband Rheinischer Westfälischer Innungsausschüsse einberufen war. Ausgangspunkt der Konferenz war der ungeheure Steuerdruck, der heute auf dem gewerblichen Mittelstand lastet. Von einem Steuerfachmann wurde das Referat gehalten über „Kritik der Einkommensteuerveranlagung seitens der Finanzämter unter rechtlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten“. Die sehr gründliche Aussprache führte zu dem Ergebnis, daß zur Durchführung der Veranlagung unbedingt ein vertrauensvolles Zusammenwirken der Innungsausschüsse und der für besondere Fachfragen ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit den Fachverbänden unbedingt geboten ist. Auch die fachverständige Mitarbeit von Vertretern der Berufsorganisationen in den Steueramtschüssen wurde als unumgänglich notwendig erachtet, im Interesse einer gerechten Steuerverwaltung. In diesem Sinne wurde die Abordnung einer Eingabe an das Reichsfinanzministerium beschlossen. An die Landesfinanzämter von Rheinland und Westfalen wurde das Ersuchen gerichtet, die Einschätzung und Veranlagung branchenweise durchzuführen.

Essen, 27. Juli. (Das Vergütungsverfahren in Deutschland.) Nach einer Aufzählung des Professors Dr. Vergius-Heidelberg ist die praktische Auswertung des Vergütungsverfahrens in Deutschland in etwa zwei Jahren zu erwarten. Die im Bau befindlichen und projektierten Betriebsanlagen für die Vergütung der Braunkohle und Steinkohle sind für die Deckung des Bedarfs an Erdölprodukten in Deutschland berechnet.

Samborn, 27. Juli. (Fleischverbrauch einer Großstadt.) In einer Uebersicht über die Entwicklung des städtischen Schlachthofes, eines der modernsten am Niederrhein, gibt die Stadtverwaltung interessante Zahlen über den Fleischverbrauch in Samborn. Obwohl in den letzten Jahren große Mengen Geflügel- und sonstiges Auslandsfleisch eingeführt wurde, haben die Schlachtungen beinahe den Stand vor dem Kriege erreicht, und zwar wurden im Jahre 1925 39.630 Tiere geschlachtet mit einem Gesamtschlachtgewicht von 3 1/2 Millionen Kilogramm. Aus dem Umstande wurden im gleichen Jahre über 1 1/2 Millionen Kilogramm gegenüber 398.000 Kilogramm Fleisch eingeführt. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen 35,2 Kilogramm Fleisch, in Dortmund 40,7, in Duisburg nur 30 Kilogramm. An sogenannten Privat-schlachtungen wurden im Jahre 1922 über 7000 Schweine, meist von Arbeiterfamilien, geschlachtet.

Duisburg, 27. Juli. (Die schwedischen Eingemeindungsfragen am Niederrhein und an der unteren Ruhr werden wahrscheinlich in der nächsten Zeit erneut aufgerollt werden. Wie ver-

läuft, beabsichtigen die Väter der in Frage kommenden Kommunalverwaltungen, eine gemeinsame Eingabe an die Regierung einzureichen, in der sie mit Rücksicht auf den in diesen Gebieten zu erwartenden wirtschaftlichen Aufschwung eine möglichst baldige Regelung der Eingemeindungsfragen fordern, da eine weitere Eingemeindung zur Folge haben könne, daß die falsche Verkehrs- und Siedlungspolitik im Ruhrgebiet der vergangenen Jahrzehnte eine neue Auflage erfahren würde.

Solingen, 27. Juli. (Von der Straßenbahn überfahren.) Die 15jährige Tochter des Straßenbahnschaffners e. B. stieg mit einem Radfahrer zusammen und wurde bei dem Zusammenstoß auf das Straßenbahngeleis geschleudert. Im selben Augenblick befand sich ein Wagen der Kreisbahn die Stelle, unter dem das Mädchen zu liegen kam. Der Wagen mußte erst gehoben werden, bevor die Verunglückte geborgen werden konnte. Sie hatte darauf erhebliche Quetschungen erlitten, daß sie alsbald darauf verschied.

(W) Düsseldorf, 26. Juli. (Deutscher Krankenkassentag.) Der Hauptverband Deutscher Krankenkassen e. B., der 1900 Krankenkassen mit über 10 Millionen versicherten Mitgliedern zählt, hielt hier seinen 30. Krankenkassentag ab. Zur Eröffnungsvorlesung waren mit mehreren Tausend Vertretern aus dem Reich Vertreter des Reiches und der Länderregierungen, sowie Vertreter der Versicherungsanstalten erschienen; ebenso hatte das Ausland (Österreich, die Tschechoslowakei, Polen, die Schweiz und das Memelgebiet) Vertreter entsandt. Auch nahm ein Vertreter des internationalen Arbeitsamtes in Genf an den Verhandlungen teil.

Der zweite Tag brachte zunächst einen Vortrag des Ministerialdirektors Grieser. Berlin über die internationale Sozialversicherung und über Betriebskräfte. Ebenso wie es mit der Wirtschaftspolitik und Handelspolitik sein Ende habe, so auch in der Sozialpolitik, nicht. Es sei eine bequeme Rechnung, zu sagen, in der Sozialpolitik, es gebe auch andere Lösungen. Dazu gehöre die Nationalisierung der Betriebe, bei der noch Platz für die Sozialversicherung bleibe. Aber auch in der Versicherung selbst könne der Ertrag gesteigert werden, wenn die Versicherung nach Einfachheit und Einfachheit strebe, und wenn jeder Versicherungsnehmer sich als Glied des großen Versicherungskörpers fühle. Die Sozialversicherung sei heute der Ausdruck für die Höherbewertung der Arbeitskräfte, für die Arbeitswürde und Arbeitsruhe. Nichts sei es, daß ein sozial fortgeschrittenes Land in Schwierigkeiten geraten könne durch den Wettbewerb eines sozial rückständigen Landes. Aber diese Gefahr sei von vorübergehender Natur, niemals von Dauer. Als wichtige Kräfte des internationalen sozialen Fortschritts bezeichnete der Vortragende die gewerkschaftliche Bewegung und das internationale Arbeitsamt in Genf. Ihm schiene die Zeit dazu angetan, unter Mitwirkung Deutschlands entwicklungsreiche Pläne auf dem Gebiete der Sozialversicherung aufzustellen. Das würde Deutschlands Beitrag zur Steigerung des Arbeitsfriedens der Welt sein. — Von dem Vertreter des internationalen Arbeitsamtes Dr. Stein wurden die Leistungen Deutschlands auf sozialpolitischem Gebiete als wichtiges Beispiel hingestellt. Das Ausland blide mit Neid auf Deutschlands soziale Rüstung. Deutschland habe als erster Industriestaat vor 40 Jahren den Anstoß zur Sozialreform gegeben. Das internationale Arbeitsamt betrachte den Ausbau eines Weltversicherungsrechts als seine Hauptaufgabe.

Die Verhandlungen fanden mit geschäftlichen Erörterungen ihren Abschluß.

Münster, Minden u. Sauerland

Münster, 27. Juli. (Bauprojekte für über zwei Millionen beschlossen.) In der Stadtverordnetenversammlung wurde die Ausführung einer Reihe großer Bauprojekte beschlossen, die einen Kostenaufwand von über zwei Millionen Mark erfordern. Es handelt sich u. a. um den Erweiterungsbau des Armenhospitals, dessen Gesamtkosten 208.000 M. betragen. Weiter wurde der Neubau einer Schule für die kaufmännischen Berufs- und Fachschulen beschlossen. Es soll zunächst ein Teil des Gebäudes ausgeführt werden, wofür 82.000 M. erforderlich sind. Der Rest des Gebäudes soll bei später eintretendem Bedarf vollendet werden. Für die Erweiterung der Eisenbahnanlagen im Südgebiete der Stadt, die u. a. durch die Einführung der neuen Bahnlinie Münster — Dortmund erforderlich wurden, wurden 302.000 M. bewilligt. Weitere größere Beträge werden für den Ausbau von Straßen aufgewandt werden.

Münster, 27. Juli. (400 Umlen der Münsterischen Promenade gefällig.) Seit einiger Zeit ist ein großer Teil der alten städtischen Umlen an der weissen Promenade und berühmten Münsterischen Promenade von einer rätselfhaften Umlenkrankheit befallen, die über kurz oder lang alle Bäume vernichten wird. Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, mindestens 400 Bäume, die bereits von dem Umlenherben ergriffen sind, zu fällen und durch Neuanpflanzungen zu ersetzen. Für das Fällen und Neuanpflanzen wurden vom städtischen Kollegium 18.000 Mark bewilligt.

Münster, 27. Juli. (Die neue Schleuse des Dortmund-Emskanals.) Kurz hinter unserer Stadt, nahe der Eisenbahnlinie nach Osnabrück, ist man seit vielen Jahren mit umfangreichen Ausbesserungsarbeiten für den Bau einer dritten Schleuse des Dortmund-Emskanals beschäftigt. Bis jetzt bestehen zwei Schleusen, deren Leistungsfähigkeit im Jahre zusammen 7,5 Millionen Tonnen beträgt. Die erste Schleuse ist 70 Meter lang und 8,5 Meter breit und die zweite Schleuse hat eine Länge von 165 Meter und eine Breite von 10 Meter. Die neue dritte Schleuse ist 225 Meter lang und 12 Meter breit. Ihre Leistungsfähigkeit entspricht derjenigen der ersten und zweiten Schleuse zusammengekommen. Die ersten Schleusen waren nur für 600 Tonnen-Schiffe berechnet, während die neue Schleuse mit 1000 Tonnen Tragfähigkeit aufnimmt. Die ausgebauten Schleusen wurden zum Bau der Umgebungsbahn mit ihren hohen Eisenbahndämmen verwandt. Die Schleusenkammer ist am oberen Ende mit einer eisernen Klapptür und unterhalb durch ein kräftiges Stenmtor aus Eisen abgeschlossen. Sämtliches Mauerwerk ist aus Gussbeton hergestellt. Der Zutritt der beiden Tore geschieht auf elektrischem Wege.

Sock, 27. Juli. (Verschwunden.) Die 15-jährige Dienstmagd Magdalena Prange von hier ist seit dem 19. d. M. spurlos verschwunden. Sie hat sich am 19. Juli früh auf den Weg nach Rüttgenampfen, wo sie in Stellung war, gegeben und ist nicht mehr gesehen worden. Man vermutet, daß ihr ein Unglück zugefallen oder daß an ihr ein Verbrechen verübt worden ist.

Neheim, 27. Juli. (Reiche Haselnussheerde.) Aus allen Teilen des Saarländes und auch des Siegerlandes wird eine voranschreitende reiche Haselnussheerde gemeldet. Der Behang wenigstens ist überall ausgezeichnet. Ob die Nüsse gut reifen, hängt jedoch ganz von trockener und warmer Witterung ab.

Hüsten, 27. Juli. (Vom Auto überfahren.) An einer gefährlichen Stelle des Bahnhofsüberganges wurde der Sohn des Meisters Wötter von einem Kraftwagen überfahren, so daß er schwere Kopfverletzungen erlitt.

Arnsberg, 27. Juli. (Ungetreue Eisenbahnbeamte.) Hier wurden zwei verheiratete Bahnstellschaffner vom Hauptbahnhof verhaftet und in Untersuchungshaft gebracht. Wie wir hören, sollen sie Schiebung mit Bahnsteigkarten vorgenommen haben. Einer der Verhafteten ist Vater von 9 Kindern.

Gevelsberg, 27. Juli. (Wer stahl die Kaffeetasse?) Auf dem Wohlfahrtsamt im Rathaus wurde am hellen, lichten Tage eingebrochen und aus einem verschlossenen Kasten eine Kaffeetasse mit circa 300 Mk. Inhalt gestohlen. In dem Verdacht des Diebstahls stand ein Pole, der vor mittags das Wohlfahrtsamt vergeblich in Anspruch genommen hatte und gegen 2 Uhr im Rathaus bemerkt worden war. Der Polizei gelang es, den Mann festzunehmen, der aber die Tat in Abrede stellte.

Kierpe, 27. Juli. (Vom Startstrom getötet.) Ein tief bedauerlicher Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in Kierpe. Der bei dem Elektrizitätswerk Markt beschäftigte Arbeiterwitte Otto Rath kam auf einem Leitungsmaß der Startstromleitung zu nahe und wurde sofort getötet.

Siegen, 27. Juli. (Jugendherbergsstunde in Siegen.) Am die Gedanken des gemeinnützigen Jugendherbergsvereins, das ja nicht nur billige Unterkunft vermitteln, sondern auch Erziehungsaufgaben der Jugend leisten will, in die weitesten Kreise zu tragen, veranstaltet die Siegener Ortsgruppe des Jugendherbergsverbandes zusammen mit der Stadtverwaltung am 31. Juli und 1. August Jugendherbergsstunde. Am Samstagabend wird unter Beteiligung von 150 Personen auf dem Sängergarten „Das Tellerfeld der Schweizer Bauern“ aufgeführt. Am Sonntagabend wird nach der Einweihung der neuen Jugendherberge, die die Stadtverwaltung im Oberen Schloß eingerichtet hat, ein Festzug sämtlicher Jugendvereine zur „Eintracht“, wo sich ein zwangloses Volksfest mit allerlei Darbietungen anschließt.

Von Rhein und Mosel

Rhein, 27. Juli. Der Zentralverband der deutschen Uhrmacher wird vom 31. Juli bis 4. August seine diesjährige Reichstagung in Köln abhalten.

Rhein, 27. Juli. (Hochzeitsreise mit bitterem Ende.) Ein Buchhalter und eine Kontoristin, die bei der Kasse des Landkreises Rhein beschäftigt waren, unterschlugen gemeinsam vor einiger Zeit einige tausend Mark und machten sich mit dem Gelde zusammen auf die Reise. Sie besuchten die Schweiz, Italien, Spanien, und als das Geld jetzt alle geworden war, kehrten sie reumütig nach Köln zurück und stellten sich freiwillig der Polizei. Zu ihrer Entschuldigungs-gaben sie an, ihre Liebe zueinander sei so übermächtig gewesen, daß sie der Verführung nicht hätten widerstehen können. Das unterschlagene Geld haben sie auf ihrer illegalen Hochzeitsreise bis auf den letzten Pfennig verbrannt.

Rhein, 27. Juli. (Unglücksfall bei der Kriminalpolizei.) Wiederum hat sich durch Unvorsichtigkeit beim Reinigen einer Pistole in der Kaserne der Kriminalpolizei am Mittwoch ein bedauerlicher Unglücksfall ereignet. Einem Kriminalbeamten, der seine Dienstpistole reinigte, ging versehentlich ein Schuß los. Die Kugel durchschlug die Stuhllehne eines anderen Beamten und drang tief in das Rückenmark. Der schwerverletzte Beamte wurde in das Bürgerhospital übergeführt. Er dürfte kaum mit dem Leben davorkommen.

Büderich, 27. Juli. (Ein Gutschof nieders abgebrannt.) Eine Tagelöhnerwohnung des Gutschofes Terlingen ging, vermutlich durch Selbstzündung, in Flammen auf, die auf den hochgefüllten Heuspeicher und in wenigen Minuten auch auf die gesamte Wohnstätte übergriffen, was durch den starken Westwind begünstigt wurde. Die Feuerlöscher von Büderich und Ginderich konnten lediglich das Übergegriffen des Feuers auf die Nachbargüter verhindern. Das Haus Terlingen mit dem gesamten Inventar brannte vollständig nieder.

Mesel, 27. Juli. (Ein 700-Tonnenkahn gesunken.) Der von Ruhrort kommende 700-Tonnenkahn „Palästina“ fuhr hier gegen einen Pfeiler der Rheinbrücke und wurde fest. Der Kahn wurde von einem Dampfer in den Hafen geschleppt und muß umgeladen werden. Der Schiffer fiel ins Wasser, konnte aber gerettet werden. Das übrige Schiffspersonal kam unbeschadet davon.

Enschede, 26. Juli. (Ein französischer Soldat vom Blitz erschlagen.) Während des jüngsten Gewitters wurde ein französischer Soldat auf der Wache vom Blitz erschlagen.

Die Steuern im August.

2. August: Beginn der Anmeldefrist des Einkommensteuergesetzes von Staats- und Kommunalsteuern.

5. August: Abfertigung der für die Zeit vom 1. bis 31. Juli 1926 einbehaltenen Steuern der Lohn- und Gehaltszahlungen.

10. August: Fälligkeit der allgemeinen Einkommensteuer 0,75 v. H. (nebst Einreichung der Voranmeldung pro Monat Juli 1926 (Monatsgelder). Finanzkasse. Schonzeit 7 Tage. Zugunsten der Steuerpflichtigen.

15. August: Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer (ein Viertel des im Vermögenssteuerbescheid angegebenen Jahresbetrags). Schonzeit 7 Tage. Finanzkasse. — Abfertigung der für die Zeit vom 1. bis 31. Juli 1926 einbehaltenen Steuern der Lohn- und Gehaltszahlungen. — Vorauszahlung auf die Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer. Steuerkasse. — Fälligkeit der Grundvermögens- und Hauszinssteuer pro August 1926. Schonzeit 7 Tage. Steuerkasse.

25. August: Abfertigung der für die Zeit vom 1. bis 31. Juli 1926 einbehaltenen Steuern der Lohn- und Gehaltszahlungen. — Abgabe der Steuererklärung und Bezahlung der Steuern für die erste Hälfte des Monats August 1926. Steuerkasse.

Die Frankennote des Saargebiets.

Man hatte gehofft, daß nach dem Fortgang des Präsidentenwahlkampfes die allgemeinen Verhältnisse im Saargebiet eine gewisse Besserung zum Besseren nehmen würden, man hatte sich von der unparteiischen Haltung des an die Spitze der Regierung berufenen „Kardinals“ so sehr viel versprochen — und muß nun nach Ablauf des ersten Halbjahres des neuen Regimes feststellen, daß die Dinge nicht nur in der gleichen Bahn französischen Vordringens und rückwärts wirtschaftlicher Ausbeutung des Saargebietes sich bewegen, sondern auch darüber hinaus wirtschaftliche Handhabung der Gewalt von neuem stark hervortritt. Ohne Mitwirkung und ohne vorheriges Befragen des Bundesrats hat die Regierungskommission den bisherigen Haushaltsplan zum Beschluß erhoben, wobei der unwürdige Zustand, daß in einem Bundesratsgebiet ein Volk selbst von der Mitbestimmung seiner Steuerlasten ausgeschlossen wird, aufrecht erhalten bleibt.

Die Wirtschaft leidet unter einer sinnlosen Steuerbelastung, die umso mehr zur schärfsten Kritik Anlaß geben muß, als sich jenen herausgestellt hat, trotz der Inflation der Frankennote ungenügende Steigerung der Ausgaben die Regierung im vergangenen Etatsjahr einen Einnahmeüberschuß von 41 Millionen Franken erzielt hat. Dabei wird zugunsten der französischen Zollbehörde unter stillschweigender Duldung der Regierungskommission ein hoher Prozentsatz der gesamten Zolleinnahmen, man spricht von 35 Prozent, für Erhebungskosten zurückgehalten.

Diese seit Jahren betriebene vertragswidrige Begünstigung des französischen Fiskus ist um so ungeheurer, als dieselbe Regierungskommission den Anteil der Bundesverwaltung an dem Haushalt des Saargebietes nur auf rund 7 Prozent festsetzt, obwohl im Versailles Vertrag ausdrücklich Bestimmungen vorgesehen sind, wonach das Biersatz dieser Summe zugunsten der Saargruben aufgeschoben werden muß. Die allgemeine Mißgunst und der Widerstand gegen diese „Treuhänderregierung“ wird im Wachstums begriffen.

Neue Abenteuer des Sherlock Holmes.

von Conan Doyle.

Silberstrahl.

4. Fortsetzung.

„Ein solches Gemisch von Unschämtheit, Frechheit und Hinterlist wie bei diesem Herrn Elias Brown ist mir noch selten begegnet.“ äußerte Holmes, während wir zurückwanderten.

„Also, er hat das Pferd?“

„Er verweigert es, zu leugnen; aber ich habe ihm alles, was er an jenem Morgen getan hat, ganz genau beschrieben und er ist überzeugt, daß ich ihn dabei beobachtet haben muß. Natürlich sind die bei dem Abdruck der ungewöhnlich breiten Spitzen aufgetreten, und daß seine eigenen Stiefel genau dieselben hatten. Wie sollte sich ein Untergeordneter so etwas herausnehmen! Er war, seiner Gewohnheit gemäß, der erste auf dem Pfade gewesen, hatte ein fremdes Pferd bemerkt, welches über das Moor dahergelockt kam, ging ihm entgegen und erkannte es mit Staunen an dem weißen Streifen vorn am Kopf, dem es seinen Namen verdankt. Der Zufall hatte ihm das einzige Pferd zugeführt, welches den Reiter bestiegen konnte, auf den er sein Geld gesetzt hatte. Das alles sagte ich ihm, und schickte ihn dann, wie sein erster Antriebe gewesen wäre, das Tier nach Kings Pyland zurückzuführen. Da habe ich ihm aber der Teufel den Gedanken eingegeben, auf welcher Art er Silberstrahl bergen könne, bis das Bettreimen vorüber wäre;

Ganz besondere Erregung hat aber in allen Wirtschaftskreisen die Entwicklung der dem Saargebiet ausgesetzten Frankennote hervorgerufen. Am meisten leiden darunter die Pensionäre und Rentempfänger. Seitens der Regierung ist bisher nichts geschehen, um die durch den Frankennote hervorgerufene Notlage der ärmlichen Schichten der Bevölkerung zu mildern, obwohl es an Eingaben an die Regierungskommission nicht gefehlt hat. Man fordert insbesondere die Einführung wertbeständiger Wägen und Gehälter, um einer weiteren Verelendung der Arbeitnehmerschaft vorzubeugen.

Die Beschwerden der Saarländer sind aber nicht nur wirtschaftlicher Art. Auch in bezug auf die Französisierungsbemühungen ist in der Regierungskommission der Kurs der alte geblieben. Insbesondere hat sie sich dem Fortbestand der französischen Garnisonen gegenüber bisher vollkommen passiv verhalten. Es scheint sogar die Absicht zu bestehen, unter französischer Leitung und hauptsächlichiger Heranziehung der Esch-Bohrer aufgestellte Gendarmerie- und Polizeitruppen zu bilden, die zunächst neben den Besatzungstruppen Dienst tun sollen. Die Kosten dafür dürfen natürlich die Saarländer aufbringen.

Unterstützungsfonds ohne Geldmittel.

In einer kleinen Anfrage eines sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten wurde an ein Versprechen des früheren Handelsministers Sterner erinnert, bei Umstellung der staatlichen Vergewerke des Direktionsbezirks Necklinghausen den Ausbau der Wohlfahrtsvereine im Auge zu behalten. Es wurde aufgeführt, daß diese Aufgabe bei der inzwischen erfolgten Umstellung nicht eingehalten worden sei. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst aus der Antwort des Preussischen Handelsministers mittelt, beschäftigt sich der sozialpolitische Ausschuss des Ausschusses der Vergewerke A.-G. Necklinghausen wiederholt mit der Frage der Errichtung eines Unterstützungsfonds, dem in jedem Jahr Mittel zugeführt werden sollen, um in Notlagenfällen den Arbeitern und Angestellten Unterstützungen zu gewähren. Der Ausschuss kam hierbei einstimmig zu der Auffassung, daß die Errichtung eines solchen Fonds zwar erwünscht, aber solange nicht möglich sei, wie die Aktien-gesellschaft ohne Gewinn arbeite, da ein solcher Fonds nur aus Rückstellungen errichtet werden kann. Bis auf weiteres muß es daher bei der bisherigen Gesinnung bleiben, wonach Unterstützungen von Fall zu Fall unter genauer Nachprüfung der Notlage aus laufenden Betriebsmitteln gewährt werden.

Länder und Arbeitsprogramm

Zustimmung und Mitwirkung.

(W) Im Reichsarbeitsministerium fanden am 23. und 24. Juli über das Programm der Arbeitslosigkeit Besprechungen mit Vertretern der Landesregierungen statt, nachdem am 21. und 22. Juli die Frage der Arbeitsbeschaffung im Verwaltungsrat der Reichsarbeitsverwaltung und mit den Spitzenorganisationen der Kommunalverbände erörtert worden war. Die Vertreter der Länder wurden im einzelnen über die Verhältnisse der Reichsregierung und über den gegenwärtigen Stand der verschiedenen Maßnahmen unterrichtet. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung fand die grundsätzliche Zustimmung der Länder. An den Arbeiten der von der Reichsregierung eingesetzten Ministerialkommission für Arbeitsbeschaffung sollen die Länder in der Weise beteiligt werden, daß jedes Land bei den Verfassungen, die es unmittelbar berühren, mitwirkt. Im übrigen soll die Kommission durch zwei ständige Vertreter der Länder ergänzt werden.

Eingehend erörtert wurde dann die Frage der Verwendung der 100 Millionen Reichsmark, die der Reichsfinanzminister nach den Beschlüssen des Reichstages zur Verstärkung der bisherigen Reichsmittel für die

produktive Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt hat. Da dieser Betrag auf dem Anleihewege aufgebracht werden soll, muß seine Verwendung für produktive Anlagen unbedingt gesichert sein. Die Arbeiten, die aus diesem Fonds gefördert werden, sollen in den Bezirken vorgenommen werden, die besonders unter der Arbeitslosigkeit leiden. Bei der Auswahl geeigneter Arbeiten soll die Ministerialkommission mitwirken. Für die Eingabe der Darlehen, die das Reich und die Länder für diese Arbeiten gewähren, sind gewisse Erleichterungen in Aussicht genommen. Außerdem soll es in Zukunft auch möglich sein, aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge öffentlichen Körperschaften für Anlagen, die sie für umfangreiche Notstandsarbeiten von besonderem volkswirtschaftlichen Wert selbst aufnehmen, Zinsverbilligung zu gewähren.

Die Neufassung der Steuerzinsverordnung.

Die Steuerzinsverordnung hat nach der Veränderung vom 15. Juli folgenden Wortlaut erhalten:

§ 1. Für Verzugszinsen, die auf Grund des Paragraphen 104 der Reichsabgabenordnung oder auf Grund anderer Vorschriften der Reichssteuergesetze dem Reiche geschuldet werden, beträgt der Zinsfuß bis auf weiteres 9 v. H. jährlich.

§ 2. Soweit bei Zahlungsausschub (Paragraph 105 Abs. 1 der Reichsabgabenordnung) Zinsen zu entrichten sind, beträgt der Zinsfuß bis auf weiteres 6 v. H. jährlich.

§ 3. 1. Die Finanzbehörde, die zur Bewilligung von Stundung (Paragraph 105 Abs. 2 der Reichsabgabenordnung) zuständig ist, bestimmt, wenn sie nicht zinslose Stundung gewährt, bei Bewilligung der Stundung den Zinsfuß, zu dem der gestundete Betrag zu verzinsen ist. 2. Der Zinsfuß beträgt bis auf weiteres mindestens 5 v. H. und höchstens 6 v. H. jährlich. Wie hoch innerhalb dieses Rahmens der Zinsfuß zu bemessen ist, richtet sich nach der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und den besonderen Umständen des einzelnen Falles. 3. In der Verfügung, durch die Stundung gegen Verzinsung bewilligt wird, ist, wenn nicht der Zinsfuß auf 6 v. H. jährlich bestimmt wird, die Heraushebung des Zinsfußes für die Zukunft vorzubehalten.

§ 4. Die Zinssätze, die sich aus den Bestimmungen der Paragraphen 1 bis 3 ergeben, treten für die Geltungsdauer dieser Verordnung an die Stelle der Zinssätze, die im Paragraphen 104 Abs. 1 Satz 1 der Reichsabgabenordnung, Paragraphen 4 Abs. 1 der Stundungsordnung vom 29. Januar 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 75) und in anderen Vorschriften der Steuergesetze (Paragraphen 2, 3 der Reichsabgabenordnung) für Verzugszinsen, Aufschubzinsen und Stundungszinsen bestimmt sind.

Die größten deutschen Städte.

Nach einer solchen erschienenen Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts werden aus der Reihe der 45 größten deutschen Städte folgende herausgegriffen. (Nach dem Stand vom 16. Juni 1925.)

Berlin	4 018 588
Hamburg	1 079 092
Köln	698 064
München	680 704
Leipzig	679 322
Dresden	618 684
Breslau	554 801
Essen	468 696
Frankfurt a. M.	461 849
Düsseldorf	431 096
Hannover	422 435
Stuttgart	341 461
Dortmund	320 256
Königsberg i. Pr.	279 880
Duisburg	271 790
Stettin	253 727
Mannheim	247 486
Gelsenkirchen	207 158

Ich war bei diesen Worten meines Freundes wie vom Donner gerührt. Daß er eine Untersuchung, die mit so glänzendem Erfolg begonnen hatte, wieder aufgeben wollte, nachdem wir uns kaum ein paar Stunden in Devonshire aufgehalten, schien mir ganz unbegreiflich. Doch konnte ich nichts mehr aus ihm herausbringen, bis wir wieder in Straters Wohnung angekommen waren. Der Oberst und der Inspektor erwarteten uns im Rauchzimmer.

„Wir fahren mit dem Nachschiff nach zur Stadt zurück, mein Freund und ich“, erklärte Holmes.

„Ihre köstliche Lust hier hat uns bei dem kleinen Ausflug sehr wohl getan.“

Der Inspektor machte große Augen, und um den Mund des Obersten zuckte es spöttisch.

„Sie geben also die Hoffnung auf, den Mörder des armen Strater festzunehmen?“

sagte er.

Holmes zuckte die Achseln. „Die Sache hat ihre großen Schwierigkeiten. Dagegen ist gegründete Aussicht vorhanden, daß Ihr Pferd nächsten Dienstag am Reiter teilnehmen wird. Halten Sie jedenfalls den Jockey in Bereitschaft. Jetzt möchte ich Sie nur noch um eine Photographie von John Strater bitten.“

Der Inspektor nahm das gewünschte Bild aus einem Umschlag, den er in der Tasche trug, und handigte es ihm ein.

„Mein lieber Gregory, Sie kommen immer meinen Verlangen zuvor. Seien Sie so freundlich, nur einen Augenblick zu warten, ich habe noch eine Frage an das Mädchen zu richten.“

„Ich muß gestehen, daß mich unter Londoner Veräther gründlich enttäuscht hat“, sagte Oberst Moß ganz unumwunden, sobald mein Freund das Zimmer verlassen hatte. „Soweit ich sehe,

Barmen	187 289
Elberfeld	167 025
Böhlum	156 762
Nachen	155 222
Starkenburg	145 694
Krefeld	130 425
Mülheim-Ruhr	127 195
Hamborn	126 048
M. Gladbach	115 066
Mainz	108 552
Münster i. W.	105 889
Oberhausen	105 121

Die stärkste Zunahme der Wohnbevölkerung 1925 gegenüber der ortsanwesenden Bevölkerung 1910 hat Dortmund mit 23,67 v. H. zu verzeichnen. Es folgen dann Ludwigshafen mit einer Zunahme von 22,20 v. H., Hamborn mit 20,8 v. H., Düsseldorf mit 20,17 v. H. und Mannheim mit 20,11 v. H.

Die stärkste Abnahme hat in diesem Zusammenhang Plauen mit 8,14 v. H. zu verzeichnen. Es folgen dann Mainz mit 8,09 v. H., Wiesbaden mit 5,91 v. H., Kiel mit 5,73 v. H., Elberfeld mit 1,36 v. H., Nachen mit 1,02 v. H. und Barmen mit 0,05 v. H.

Die männerreichen Städte sind nach dieser Veröffentlichung die Städte im Ruhrrevier, und zwar kommen auf 1000 männliche Personen in Hamborn nur 892 weibliche, in Duisburg 968, Oberhausen 964, Gelsenkirchen 965, Böhlum 977 und Mülheim 990.

Katastrophale Sommerfrische.

Der Besuch selbst in den Modebädern hinter den vorzüglichsten Erwartungen zurückgeblieben.

Schon vor einer Reihe von Wochen kamen in dem Ostseebadort Misdroy die Hotel- und Pensionsthater zusammen, um über das schlechte Saisongeschäft Rat zu pflegen.

Im Gegensatz zu den Ausflugsorten in unmittelbarer Nähe der größeren Städte, wo während der letzten Wochen, durch das prächtige Wetter veranlaßt, vielfach ein sehr starker Besuch und auch ein sehr ansehnlicher Bierumsatz zu verzeichnen war, scheint die ungünstige Lage in den Ostseebädern fast auf den größten Teil der ausgesprochenen Badeorte zu treffen. Selbst in den Modebädern ist der Besuch hinter allen, auch den vorzüglichsten Schätzungen zurückgeblieben. Wir wollen abschließend keinen Namen nennen, aber wenigstens die Tatsache verzeichnen, daß die Badeverwaltung eines namhaften mitteldeutschen Bades dieser Tage die Zahlungen einstellte. Im Harz und in Thüringen ist der Besuch mehr als spärlich. Die Gasthöfe, die sonst um diese Zeit überfüllt waren, beherbergen kaum 30 v. H. Gäste gegen die Vorjahre. Von der See wurden viele Besucher infolge des regnerischen Juns abgeschreckt, da man sich vielleicht mit Unrecht sagte, das Wasser werde zum Baden nicht genügend durchwärmt sein.

Wiederholt soll es auch vorgekommen sein, daß die Veranstaltungen der Kurverwaltungen so schlecht besucht waren, daß beispielsweise bei Reunions die Musikkapelle in der Ueberrzahl gegenüber den Tanzenden war. Meistlich geht es den sonstigen Vergnügungsorten. Sie sind zumeist trostlos öde. Es soll auch da öfters der Fall gewesen sein, daß zuweilen mehr Bedienung als Gäste zu sehen waren. Die Kurkapellen sind infolge der mangelnden Einkünfte der Kurverwaltungen stark vermindert worden; es gibt heute viele Badeorte mit bekannten Namen, die nicht einmal mehr täglich ein Konzert veranstalten können. Die Einnahmen aus den Kuckagen sind geradezu lässlich. Nicht nur, daß die Zahl der Gäste erheblich zurückging, — auch die Dauer des Aufenthaltes der einzelnen Gäste ging im Durchschnitt zurück.

Der Grund ist in der allgemeinen Einkommensverflechterung des deutschen Großbüdners zu suchen. Die wenigsten Leute können überhaupt noch reisen. Wer heute reist, der muß eben reisen. Und jedermann schränkt seinen Aufenthalt nach Kräften ein. Die Reisen werden im allgemeinen bedeutend kleiner. Wer früher vier bis sechs Wochen verreiste, der ist

sind wir um keinen Schritt weiter, als vor seiner Ankunft.“

„Benignus hat er Ihnen ziemlich bestimmt die Versicherung gegeben, daß Ihr Pferd das Rennen mitmachen wird.“

„Sachse“, meinte der Oberst achselnuckend, „aber das kann jeder sagen.“

Ich wollte eben etwas erwidern und meinen Freund in Schutz nehmen, als er selbst eintrat.

„Nun, meine Herren“, sagte er, „bin ich zur Arbeit bereit.“

Als wir in den Wagen steigen wollten, öffnete uns einer der Stallungen den Schlag. Holmes fuhr ein plötzlicher Einfall durch den Kopf, er lehnte sich hinaus und berührte den Arm des Jungen.

„Ihr haltet dort ein paar Schafe im Pferd“, sagte er. „Wer besorgt denn ihre Pflege?“

„Ich Herr.“

„Ist ihnen in letzter Zeit nichts Besonderes zugefallen?“

„Nichts von Bedeutung; drei Schafe waren nur etwas lahm.“

Die Antwort schien Holmes große Freude zu machen, denn er lachte und rief sich die Hände.

„Ein richtiger Treffer, Watson, ein Schuß ins Schwarze“, sagte er und kniff mich in den Arm. „Gregory, ich empfehle diese seltsame Krankheit unter den Schafen Ihrer Aufmerksamkeit. — Fahren Sie zu Aufseher!“

Im Gesicht des Obersten stand deutlich zu lesen, welche geringe Meinung er von der Kunst meines Gefährten hegte, aber des Inspektors Name nahm einen sehr gespannten Ausdruck an.

